



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

242 (27.5.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185563](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185563)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Seidenbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Seidenbaum. Für Redaktion: Hans Gölgen, für Catala und den übrigen romanischen Teile: Richard Schöcher, für Franzosen: Franz Kiecher, für Engländer: Anton Geisler. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., in Mannheim. Druckstraße: General-Anzeiger-Mannheim. Druckerei-Adresse: Dr. 1799 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940 — 7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Abonnementpreise: Die Abon. Monatshefte 30 Pf., Finanz-Anzeiger und Anzeigen von Verlags- und Anzeigen-Verlagsgesellschaft 25 Pf., Neulagen 10 Pf., Anzeigenhefte 10 Pf., Anzeigenblätter 5 Pf., Anzeigenblätter nach- und nach. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben mit dem Vermerk: Anzeigenpreis in Mannheim und Umgebung monatlich 10 Pf. mit Freigabe. Postbezug: Viertel 3 Pf. 42 einl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt 3 Pf. 20 einl. 10 Pf.

Die nationalen Forderungen der Alpen- und Sudetendeutschen.*

Von Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger.

Diejenigen, denen „allgemeine Grundsätze“ über alles gehen (und es gibt heute ihrer viele), könnten den Deutschen Innerösterreichs vorwerfen, daß ihre Forderungen mit jenen der Sudetendeutschen in Widerspruch stehen. Diese fordern das nationale Selbstbestimmungsrecht ohne Rücksicht auf die behauptete geographisch-historische Einheit der „böhmischen Länder“, insbesondere Böhmens. Und sie fordern die Volksabstimmung dergestalt, daß keine Gebiete, Gemeinden, ja Ortschaften über ihre künftige Zugehörigkeit zum deutschen oder tschechischen Staat selbständig entscheiden sollen. Die Kärntner und Steirer verlangen die Erhaltung der natürlichen, verkehrsgeographischen Einheit Innerösterreichs, wenigstens seiner Kernlandschaften um das Bahndreieck Brud-Warburg-Wiltsch, über die nicht die Volksabstimmung allein entscheiden kann, in den Randlandschaften, deren Zugehörigkeit nicht so scharf von der Natur vorgezeichnet ist, die Abstimmung landschaftsweise, also über einheitliche Gebiete niederer Ordnung als Ganzes. Das hat dieselben Ursachen, wie im alten Österreich der Unterschied zwischen den sudetenländischen Forderungen nach nationaler Autonomie und dem alpenländischen Widerstand gegen die Teilung der Kronländer nach „nationalen“ Gesichtspunkten.

Vor allem kommen auch heute zwei Gesichtspunkte zur Geltung: die nationale Abgrenzung und die politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der neuen politischen Gebilde. Im Norden wiegt die eine, im Süden die andere Forderung schwerer. Denn dort haben wir es (abgesehen von den großen Sprachinseln, von denen noch die Rede sein soll) mit einer scharfen Sprachgrenze zu tun. Die Völker zu ihren beiden Seiten haben sich kulturell und wirtschaftlich in den letzten Jahrzehnten immer scharfer getrennt. Die Beziehungen der sudetenländischen Randgebiete zu den Nachbarlandschaften im Deutschen Reich wie in Ober- und Niederösterreich sind um so lebhafter, als die natürliche Grenzzone in den waldigen Randgebirgen weit von der Sprachgrenze abliegt und, von einer stellenweise sehr dichten Siedlung durchsetzt, keinen leeren Raum mehr darstellt, die politische Grenzlinie aber willkürlich verläuft und ihre Anwohner in ihren täglichen Verkehrs- und Handelsbeziehungen aufeinander angewiesen sind. Diese Beziehungen, die geradezu ein nationales Wirtschaftsgebiet vorbereiten haben, sind lebhafter als diejenigen zu den slavischen Zentrallandschaften. Das erklärt sich zum Teil auch daraus, daß die deutschen Gebiete zu einem Teil Außenlandschaften außerhalb der „Grenzwälle“ sind, zum anderen größeren oder Randlandschaften, deren Hauptverkehrswege dem Gebirgsrand parallel laufen und vom Verkehrszentrum Prag unabhängig sind. Die Vereinigung mit den angrenzenden deutschen Ländern wäre für sie nur die Fortsetzung der bisherigen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die reichen slavischen Zentrallandschaften, zu deren Fruchtbarkeit immer mehr auch eine günstige industrielle und kommerzielle Entwicklung hinzugekommen ist, bedürfen der deutschen Landesherrschaft nicht zu ihrem wirtschaftlichen Gedeihen. Auch innerhalb der Sprachgrenzen ist der tschechische Staat wirtschaftlich durchaus lebensfähig. Er verlangt die historische und geographischen „natürlichen“ Grenzen lediglich wegen ihrer Beständigkeit und des militärischen Schutzes, den sie bieten. Schreiber dieser Zeilen ist weit davon entfernt, deren Bedeutung zu verkennen. Aber diese Grenzen müssen für die Tschechen entwertet werden, wenn an ihnen geschlossen 3,5 Millionen eines innerlich und materiell starken Volkes wohnen, das von dem neuen Staat nichts wissen will. Sie würden im Kampf mit dessen verzweifeltstem Widerstand die Gesundheit ihres Staates aufs Spiel setzen, wie ihnen das auch einseitige Vorgesetzten gesagt haben. Die Sicherung seiner Zukunft würden sie bei ruhiger Überlegung dort suchen, wohin sie die Geschichte weist, in einem engen, freundschaftlichen Anschluß an das große Deutsche Reich.

Andererseits im Süden: die Sprachgrenze ist eine zumeist breite Mischungszone, in der auf weite Strecken hin sogar das Deutschtum überwiegt. Südlich davon sind trennende Naturbarrieren, die zugleich menschenleere Räume darstellen und sich als solche zwischen die Drauslawen und das geschlossene Südslawengebiet schieben. Das spiegelt sich in dem tschechischen auch der windischen Bevölkerung an der Drau, bei Klagenfurt und Steiermark zu verbleiben. Aber der Kronlands-patriotismus reicht auch weiter südlich. Seine Wurzeln sind alteingesessene kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen und die Durchsetzung mit zahlreichen kleinen deutschen Siedlungen und mit Wäldern, die in täglichem freundlichen Geschäftsverkehr mit der slavischen Umwelt stehen. Deutschösterreich bedarf der Karawanken-Bacher-Donaustraßen, um als lebensfähiger, geschützter und wirtschaftlich gesunder Staat an einen ebenso gut geschützten Südslawenstaat zu grenzen. Die slavischen Wälder wären überdies sicher, von den Deutschen national so wenig wie bisher unterdrückt zu werden, während die Deutschböhmen nach ihren Erfahrungen allen Grund haben, den tschechischen Verheißungen von Autonomie und Gleichberechtigung zu mißtrauen. Sind somit in Südösterreich die geographischen Verhältnisse maßgebend, so verleiht sich auch eine Zerstückelung der natürlichen Gebiete, in welche die Alpenländer weit ausgesprochener zerfallen als Böhmen. Sie würde hier künstliche Reibungsflächen schaffen, während in den Sudetenländern die Abgrenzung nach der Sprache die stärksten, längst vorhandenen inneren Reibungen beseitigt. Was hier und was dort dauernde friedliche Zustände zu schaffen vermag, ist also nicht dasselbe. Eine gemeindeweise Abstimmung im Reichgebiet könnte überdies geradezu buntschichtige Ergebnisse bringen.

Auch die Verhältnisse der Sprachinseln, vor allem ihre Verteilung sind im Norden und im Süden verschieden. Die

großen deutschen Sprachinseln der Sudetenländer hat man vorgeschlagen, zu völkerrätlich geschützten „politischen Entloosen“ zu machen, und wird sie jedenfalls auf besondere Art schützen müssen. Bei einer guten Abgrenzung Innerösterreichs aber kommen Sprachinseln beiderseits der Grenze zustande, die völlig gleich behandelt werden können; als Unterpfeiler ehrlicher Einhaltung der gewährten Autonomie können dann unsere slowenischen Staatsbürger genügen. Nur Tirol wäre in der Lage, fast ohne beiderseitige Einbuße an Sprachinseln längs der deutschen und ostslawischen Sprachgrenze gegen die Italiener eine leidlich geschützte und genügend natürliche Grenze zu gewinnen. Hier — aber nur hier — sollen die beiden leitenden Gesichtspunkte zusammenfallen. Ein Friede der Gerechtigkeit und Verständigung, der mit langen Eichen Ruhe schaffen wollte, müßte auf dieser oder mindestens ähnlicher Basis aufgebaut werden. Aber wird ein solcher Friede uns werden?

Kein Abbruch der Verhandlungen.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Heute gehen zwei Schiffschiffe von Versailles ab. Ob Delegierte heute schon mitfahren, ist unbekannt, es kommen aber die meisten Sachverständigen hierher zurück. Das bedeutet jedoch keineswegs den Abbruch der Beziehungen, sondern geschieht lediglich, um den Herren Gelegenheit zu einem Aufenthalt in Berlin zu geben. Graf Brockdorff-Rangau bleibt auf alle Fälle in Versailles, Giesbert und Landsberg kehren zurück.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Die gestrige Blättermeldung, daß dem Biererrat zwei deutsche Vertreter beigeordnet werden sollen, entbehrt, wie voranzugehen war, jeder amtlichen Unterlage. Es ist klar, daß bei der augenblicklichen Nervosität der Auslandspresse derartige Nachrichten häufig auftauchen und auch in deutsche Blätter langiert werden. Wie uns mitgeteilt wird, liegt zur Zeit nicht die geringste Veranlassung zu der Hoffnung vor, daß die Entente sich auf mündliche Verhandlungen einlassen wird.

Entgegennahme der deutschen Gegenvorschläge durch die Parteiführer.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Die Parteiführer veranlassen sich, wie wir hören, heute beim Ministerpräsidenten Scheidemann, um Mitteilungen der Reichsregierung über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge entgegenzunehmen. Von 6 unserer Gegenvorschläge wird heute voraussichtlich erst die sogenannte Mantelnote, die einen Umfang von ca. 10 Seiten hat, eintreffen. Der gesamte Text wird morgen früh vollständig vorliegen.

München, 27. Mai. (Priv.-Tel.) Wie der „Münch. Post“ aus Bamberg gemeldet wird, tritt der bayrische Landtag nunmehr am Freitag, den 30. Mai zu einer Plenarsitzung zusammen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion wurden telegraphisch für Donnerstag, den 29. Mai nachmittags zu einer Fraktions-sitzung nach Bamberg eingeladen. Auch die übrigen Parteien haben für Donnerstag Fraktions-sitzungen einberufen.

Ein Komitee der „Saarfranzosen“.

Versailles, 27. Mai. (W. A.) Mit allen Mitteln wird von Frankreich aus im Saarbecken zu Gunsten Frankreichs Propaganda gemacht. Schon kürzlich hatte die Liga der Patrioten anlässlich einer Kundgebung in Paris zu Ehren der Heiligensprechung der Jungfrau von Orleans Einwohner des Saarbeckens zu einem Anzuge gruppiert, die dadurch ihrer französischen Gesinnung Ausdruck verleihen sollten. Ferner hatten aus dem Saargebiet stammende Franzosen ein Komitee der Saarfranzosen gebildet. Heute veröffentlicht der Vorsitzende der Liga der Patrioten Maurice Barres im „Echo de Paris“ einen Aufruf an alle aus dem Saarbecken stammende Franzosen, sich in dem oben erwähnten Komitee zu patriotischen Zwecken zusammenzuschließen. Es handle sich nicht nur um die aus diesem Gebiet stammenden Franzosen, sondern auch um alle die Personen, die mit solchen Saarfranzosen verwandt oder verschwägert sind.

Versailles, 26. Mai. (W. A.) Der „Temps“ findet, daß die Alliierten in ihrer Note über das Saarbecken ein ernstes Zugeständnis an Deutschland machen u. lieber gerade auf Kosten des französischen Interesses. Der „Temps“ erinnert an die Proklamation der Saarbrücker Stadtbehörden vom 12. Mai, in der vor einer Auswanderung aus Deutschland gewarnt wurde (wohl infolge der Wohnungsnot, Schriftl.). Es scheint, daß die Einwohner von Saarbrücken nicht so schlecht an dem Herde der Gesellschaft der Nationen lebten. Die Alliierten hätten die Ränke in ihrer Note hervorheben müssen. Warum erklärt dann der Biererrat, daß die Abtretung deutscher Gebieten an die Franzosen eine unangebrachte Verletzung deutscher und französischer Interessen schaffe? Sei man vorläufig der Ansicht, daß Angehörige jener Staaten, die gegen Deutschland gestimmt hätten, an keinem deutschen Unternehmen unter unserer Kontrolle teilnehmen zu dürfen? Wenn man eine solche gut zu rechtfertigende Politik durchzuführen gedenkt, so hätte man dies in der Antwortnote an den Grafen Brockdorff-Rangau hervorheben müssen. Wenn nicht, so habe kein Grund bestanden, in diesem alliierten Dokument eine Art Verbot aufzunehmen, das ausschließlich auf Frankreich zielt. Aber der Hauptfehler der Antwort sei, daß sie in den letzten Zeilen ein ernstes Zugeständnis an Deutschland mache. Die Verfasser des Vertrages hätten, indem sie Frankreich das Recht auf Annexion des Saarbeckens einräumten, für den Fall, daß Deutschland den Rückkaufpreis nicht in Gold erzeuge, der französischen Regierung ein Mittel in die Hand geben wollen, um Deutschland zur Zahlung zwingen zu können. Die deutsche Delegation habe diese Annexion so hingestellt, als hätten Wilson und seine Kollegen beabsichtigt, die Einwohner des Saarbeckens zu vergraben. Diesen Redefärsen hätte man schnell ein Ende bereiten können, dadurch, daß die Gruben jenseitig die Zahlungen verweigern, Reife des französischen Staates würden und von einer internationalen Heresegruppe befreit gehalten würde. Aber der Biererrat habe nichts dergleichen beabsichtigt. Am Ende seiner Note schlage er sogar vor (der

„Temps“ hebt das Wort „vorschlagen“ ausdrücklich hervor) und frägt, ob dieses Wort auf ein neues Heißsein und auf eine neue Abotigung vorbereiten solle und ob der internationale Wiedergutmachungsausschuß diese Affaire regeln soll. In diesem neuen Verfahren werde Frankreich das Recht vorgekommen, eine Beziehung fordern zu können und ein internationaler Organismus werde die Angelegenheit als eine rein deutsch-französische Frage in die Hand nehmen und nach Gutdünken lösen. Frankreich habe also jetzt nicht mehr mitzu sprechen.

Am Schluß bedauert der „Temps“, daß in dem Vertrage das Rückkaufrecht der in preussischem Besitz befindlichen Saargruben Deutschland gestrichelt werde. Auf diese Weise hätte man die Einheit Deutschlands, statt den separatistischen Strömungen Vorschub zu leisten.

Ungebührliches Verhalten von Ententeoffizieren in München.

Berlin, 27. Mai. (Von unj. Berl. Büro.) Eine deutsche Note teilt, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, mit, daß sich Offiziere der Besatzungsarmee in München Privathäuser Ausschreitungen hingaben, die bei den deutschen Mitbewohnern lebhaften Anstoß erregen müssen. In den verschiedenen Wohnungen Münchener Bürger haben Offiziere Gelage und Bälle in Gesellschaft von Koketten gefeiert. Es wird die dringende Bitte ausgesprochen, daß das alliierte Oberkommando derartige Herausforderungen und Verächtigungen in Privathäusern verbietet und für die Zukunft verhindern möge.

Die Entente tröstet die Österreicher.

Paris, 27. Mai. (W. A.) Das Biererrat sagte gestern allen. Er prüfte die Note des Staatskanzlers Rummer, die in sehr klaren und gemäßigten Ausdrücken gegen die Verögerung der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen an die österreichische Delegation protestiert. Der Rat ist der Ansicht, sobald als möglich diesem berechtigten Begehren nachzukommen. Es ist deshalb möglich, daß die österreichische Delegation gegen Ende der Woche der Friedensverträge wenigstens teilweise übermittelte wird. Es wurde aber keine definitive Entscheidung getroffen.

Die Opposition der Republikaner gegen Wilson.

Amsterdam, 27. Mai. (W. A.) Der „Nieuwsche Courant“ meldet: Im amerikanischen Senat nimmt der Widerstand der Republikaner gegen den Völkerbundplan des Präsidenten Wilson zu.

Die Vereinigten Staaten übernehmen kein Mandat für Konstantinopel.

Amsterdam, 27. Mai. (W. A.) Nach drohenden Meldungen soll Wilson den Biererrat ersucht haben, sich darauf vorzubereiten, daß die Vereinigten Staaten kein Mandat über Konstantinopel oder einen anderen Teil der Türkei übernehmen werden. Man betrachtet dies nicht als einen Beweis dafür, daß Wilson dagegen ist, sondern als Vorwarnmaßregel gegen eine eventuelle Weigerung seitens des Kongresses. Man schlägt vor, Konstantinopel einer internationalen Kommission zu unterstellen, in der alle Großmächte Stimmen haben und wenn dieser Plan unüberführbar ist, die Verwaltung der Stadt Griechenland zu übertragen.

Der Ausschluß der Deutschen vom Weltverkehr.

Während des Krieges verdrängten die englischen Minister einen „weltweiten Berris“ gegen Deutschland und die Deutschen. Der englische Ministerpräsident Asquith erklärte am 31. Juli 1916, daß das deutsche Volk nicht länger in der Gemeinschaft der Völker gebildet werden dürfe. Minister Bonar Law äußerte am 22. Oktober 1917, die Deutschen sollten auch nach dem Kriege wie Ausländer behandelt werden und verschärft diese Äußerung am 6. Juli 1918 mit dem Hinzufügen, es werde das Schicksal Deutschlands sein, vom Wirtschaftsleben der Welt ausgeschlossen und als „Auswurf der Menschheit“ verrufen zu werden. Die Londoner Presse echaote lauten Beifall.

Seit dem Waffenstillstand war die englische Politik darauf bedacht, diese Bannflüche in die Wirklichkeit umzusetzen. Wo sie in Uebersee größeren Einfluß hat, übt sie einen starken Druck aus, um die Ausweisung der Deutschen zu veranlassen, deren Rückbeförderung für trotz des Schiffsmanövers aern und rasch besorgt. So wurde die chinesische Regierung genötigt, in die Ausweisung und zwangsweise Einschiffung der deutschen Reichsangehörigen zu willigen, obwohl die deutschen Geschäfte von großem Vorteil auch für den chinesischen Handel waren. In anderen Ländern sucht die englische Politik Haß und Berachtung gegen die Deutschen hervorzuheben, um ihnen den Aufenthalt zu verleißen. Aus den deutschen Schutzgebieten wurden bereits die meisten deutschen Ansiedler auf englischen Befehl entfernt.

Wenn Deutschland im Osten und Westen verkleinert wird, und Millionen von Deutschen im Westen unter französischer Willkür und im Osten unter polnischer Mißwirtschaft leben müssen, dann ist eine außerordentlich starke deutsche Auswanderung zu erwarten. Daraus ist erwägt man in London eine ganz neue, höchst sonderbare Maßregel, um Deutschland und die Deutschen vom Weltverkehr vollends abzusperrern. Nach der Londoner „Daily News“ beabsichtigt man, die deutsche Auswanderung zu verbieten, also einen starken Eingriff in die deutsche Staatshoheit zu unternehmen, als ob das Deutsche Reich bereits zu einem zweiten Ägypten herabgesunken sei.

Für das Verbot der deutschen Auswanderung haben Franzosen und Engländer besondere Gründe. Die Franzosen wollen dadurch angeblich verhindern, daß sich deutsche Staatsangehörige durch Verlassen der Heimat den Fronarbeiten entziehen, die ihnen von den Feinden auferlegt werden. Dagegen ist es das Ziel der englischen Politik, das Deutschtum im Ausland durch das Verbot der deutschen Auswanderung zu schwächen, ihm jeden Zuwachs zu entziehen und es schließlich ganz zu unterdrücken, um von dem deutschen Mitbewerber befreit zu werden.

Derartige Absichten werden nicht nur in Deutschland Entrüstung erregen, sondern auch in den neutralen Ländern und selbst in Italien. Denn ein Verbot der Auswanderung könnte von den englischen und französischen Machthabern auch gegen andere Völker, die mißlieblich geworden, befohlen werden. Widerspruch erregen werden die englischen und französischen Absichten auch in den überseeischen Einwanderungsländern, wo bisher die deutschen Einwanderer willkommen geheißen und besonders geschätzt wurden, da sie zum Aufblühen namentlich der amerikanischen Staaten wesentlich und nach-

* Diese programmatischen Darlegungen des Verfassers politischen Anschauungen sind wohl auch jetzt noch, wo die Entente sich anstrengt, das nationalsozialistische Deutschland in eine Anzahl territorialistischer Brandherde zu zerlegen, von Wert. Oder gerade jetzt. Prof. Sieger ad. hat bereits auch der deutschösterreichischen Delegation an die sich nach St. Germain begeben hat.

Aus Stadt und Land.

Sicherung der Fleischversorgung.

Die Aufbringung des zur Fleischversorgung der Bevölkerung, der Kruppen und Lazarette erforderlichen Schlachttiers begegnet, so schreibt die „Karlsruh. Ztg.“ amtlich, seit einiger Zeit den größten Schwierigkeiten. In manchen Kommunalverbänden gelingt es nicht einmal mehr, die zur Deckung des Fleischbedarfs der eigenen Bevölkerung unbedingt nötige Stückzahl Schlachttiere zu beschaffen, während die Bedarfsstädte, die militärischen Bedarfsstellen und die Lazarette vielfach in der Beflieferung mit Schlachttieren vollständig im Stich gelassen werden. Dies muß zu unhaltbaren Zuständen führen und — wenn es nicht gelingen sollte, eine Besserung herbeizuführen — in kürzester Zeit den Zusammenbruch der Fleischversorgung in Stadt und Land zur Folge haben. Wenn die während des Krieges notwendig gewordenen Eingriffe in den Viehbestand diesen noch erheblich geschwächt haben, so ist doch darauf hinzuwirken, daß die Verminderung immerhin noch nicht so weit vorgeschritten ist, daß die Aufbringung des Schlachttiers, welches zur Deckung des bei der jetzigen Kopfmenge geringen Fleischbedarfs erforderlich ist, unmöglich erschiene. Der Viehbestand steht vielmehr der Schlacht noch auch jetzt noch hinter der durchschnittlich in den letzten Jahren vor dem Kriege vorhanden gewesenem Stande in der Gesamtheit nicht sehr erheblich zurück, wenn er auch hinsichtlich der Viehbestand und des Gewichts der Tiere erheblich weniger bedeutend zurückgegangen ist. Jedenfalls kann die seit einiger Zeit in vielen Orten auftretende Widersehtigkeit der Viehhalter gegen die Maßnahmen der mit der Schlachttierbeschaffung betrauten Stellen, die bereits vielfach zu Tötungsstellen gegen diese ausgerollt ist, angesichts der dringenden Notlage der Gesamtbevölkerung nicht nur der notwendigen Schonung des Viehbestandes begründet werden. Da das Vieh neben dem Brot und den Kartoffeln das wichtigste Lebensmittel ist, muß die bereits auf das äußerste eingeschränkte Schlachttiermenge, die zur Versorgung der Bevölkerung und der Truppen notwendig ist, unter allen Umständen sichergestellt und rechtzeitig beschafft werden. Zu dem Zweck müssen namentlich alle zu Gebote stehenden Mittel rücksichtslos angewendet werden. Das Ministerium des Innern hat sich deshalb veranlaßt gesehen, folgendes anzuordnen:

Die Beflieferung der Bedarfsstellen mit Schlachttier hat jeweils im gleichen Verhältnis zu erfolgen wie die Beflieferung der eigenen Bevölkerung. Die Erlaubnis zur Bortnahme von Schlachtungen für den eigenen Bedarf des Kommunalverbandes darf daher nur soweit erteilt werden, als auch die Beflieferung der in der betreffenden Woche für andere Bedarfsstellen zu liefernden Stückzahl Schlachttiere und dessen rechtzeitige Beflieferung gesichert ist. Gewerbetreibenden (Metzger oder Wirten), die ohne die vorgeschriebene Genehmigung etwa trotzdem Schlachtungen vornehmen, muß der Geschäftsbetrieb sofort geschlossen werden. Viehhalter, die sich den Anordnungen der mit der Schlachttierbeschaffung betrauten Stellen böswillig widersetzen oder sich weigern, Vieh übergeben oder zu dem jetzt geltenden Schlachttierhöchstpreis abzugeben, obwohl sie dazu in der Lage sind, darf die Genehmigung zur Bortnahme von Hauschlachtungen nicht mehr erteilt werden. Den betreffenden Viehhalter wird kein Zweifel darüber gelassen, daß sie auch im nächsten Frühjahr und Winter Hauschlachtungen nicht werden vornehmen dürfen. Auch die Erteilung von Tötungserlassen und der Bezug von Zuckern bei der Ausgabe an die Verkaufsberechtigten wird ihnen verweigert werden.

Die bereits getroffenen besonderen Anordnungen zur Beflieferung des Schlachttiers mit Vieh werden mit aller Strenge durchgeführt werden. Insbesondere wird, soweit noch nicht geschehen, für die alsbaldige Aufstellung des Viehbestandesverzeichnisses in den Gemeinden und für die unvermeidliche Bortnahme der ersten Nachschub durch die Nachschubkommission Sorge getragen. Soweit dabei festgestellt wird, daß Tiere im Wege des Schlachthandels oder der Geheimhandlung entfernt worden sind, wird unumschüsslich streng eingeschritten werden. Falls die Durchführung von Enteignungen erforderlich wird, wird der Nachschub durch Bezug des nötigen Viehs aus dem Viehbestandesverzeichnis gesichert werden. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß es für die Bortnahme selbst eine große Gefahr bedeutet, wenn die Schlachttierlieferung in der heutigen unzureichenden Menge auch nur noch kurze Zeit weiter erfolgt. Es wäre zu wünschen, daß die Beflieferungsberechtigten den Versuch machen, die Viehbestände zu heilen. Von der Beflieferung der landwirtschaftlichen Bevölkerung muß daher erwartet werden, daß sie die mit der Schlachttierbeschaffung verbundenen unermesslichen Härten im allgemeinen Interesse opferwillig auf sich nimmt.

Die 1. theologische Prüfung im Frühjahr 1919 haben folgende 19 Kandidaten der evng. Theologie bestanden: Julius Benzen, Wilhelm Birkhäuser, Hans Einödter, Mariagarete Bittel, Wilhelm Biedel, Hans Peh, Heinrich Kappes, Erwin Kiefer, Wilhelm Kuefers, Hans Lenz, Hans Metke, Friedrich Müde, Adolf Nleden, Paul Höger, August Scholer, Karl Steinmetz, Georg Urban, Hermann Weber, Albrecht Wolfinger. Außerdem haben 6 Kandidaten eine Teilprüfung abgelegt.

Die Organisation der Volkshochschule war nach einer amtlichen Mitteilung der „Karlsruh. Ztg.“ Gegenstand einer am letzten Sonntag im Ministerium des Kultus und Unterrichts abgehaltenen Besprechung. Die Beratungen, die von Minister Hummel geleitet wurden und an denen Vertreter der in Mannheim, Heidelberg,

Von einem Pfarrer, einem Küster und einem Schwein.

Männliches Märchen, übertragen von Erika Goeß.

Ein Pfarrer hatte seit vielen Jahren am Peterpoustag in manchen Stück Schweinefleisch zum Geschenk erhalten. Nun hatte er selbst einmal ein fettes Schwein und wollte es schlachten.

„Aber, dachte er, wenn ich jedem, der mir ein Geschenk macht, nun auch etwas geben muß, und wäre es auch nur eine Würst oder ein Stückchen Speck, dann wird für mich immer wenig übrig bleiben! Was mache ich nur? Er mußte seinen Rat und ging zu seinem Küster hin, der ein durcheinandergeratener Gefelle war.

Der Küster überlegte sich die Sache. „Ich hab's gefunden, Herr Pfarrer“, sagte er. „Ich will das Schwein abstecken und im Hofe aufhängen. So werden es die Bauern, wenn sie vom Felde kommen, sehen und sich die Hände reiben. So hab's ein Hund mit, halt Ihr es herein, und morgen früh legt Ihr dem ersten, den Ihr trifft: „Denk euch, man hat mir diese Nacht mein Schwein gestohlen!“ Ein jeder wird dann glauben, daß es wirklich gestohlen ist, und Ihr seid schön heraus.“

„Das hast du dir gut ausgedacht“, sagte der Pfarrer. „So will ich's machen!“

Des Abends kam der Küster ins Pfarrhaus, um irgend eine unwichtige Botschaft zu überbringen, und während er den Pfarrer besuchte, stahl sein Sohn das Schwein vom Hofe und brachte es nach Hause.

Als der Pfarrer nun fand, daß sein Tierchen ihm davongegangen war, blieb er so stieren Auges stehen, wie Ihr es vorher noch nie gesehen habt.

Brüdermorgens am nächsten Tage kam ihm auf dem Wege zur Kirche der Küster entgegen. Kaum hatte der Pfarrer ihn erkannt, so lief er auf ihn zu und rief: „Küster, weicht du was? Man hat mir diese Nacht mein Schwein gestohlen!“

„So ist's gut“, sagte der Küster. „Ihr habt den richtigen Ton getroffen, ein jeder wird euch glauben.“

Karlsruhe und Freiburg bereits ins Leben gerufenen Volkshochschulen, Vertreter der politischen Parteien des Landtags und des Kunst- und Kulturrats für Baden neben den Referenten des Ministeriums teilnahmen, bezogen sich in der Hauptsache auf den Austausch der bisher in den genannten Städten gemachten Erfahrungen auf eine einheitliche Weiterentwicklung der Volkshochschulbewegung und die Ausbreitung der Volkshochschule auf dem Lande. Man kam in der Besprechung dahin überein, den Volkshochschulen weitgehende Freiheit der Selbstverwaltung zu geben und die bereits bestehenden Anlässe einer möglichst ungehemmten, örtlichen Bedürfnissen und Gesichtspunkten Rechnung tragenden Entwicklung zu überlassen. Eine besonders rege Aussprache fand über die Frage statt, ob die Volkshochschulen ihre Tätigkeit in Angliederung an die Hochschulen ausüben oder freie Institutionen darstellen sollen. Wenn man sich auch darüber vollkommen einig war, daß eine bürokratische Zentralisation der Bewegung nicht wünschenswert sei, in welchem Sinne sich auch Minister Hummel aussprach, so wurde doch der Vorschlag des Ministers, zunächst eine kleine Kommission beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zur Beratung von wichtigen Anregungen zu bilden, allgemein begrüßt. Das wertvolle Material, das sich aus der Besprechung ergab, wird die Regierung, die dem Volkshochschulgedanken alle Förderung zuteil werden läßt, in weiteren Beratungen mit dieser Kommission verwerten.

Mietzinssteigerungen. In der letzten Zeit haben die Vermieter an vielen Orten ihre Mieter erheblich im Mietzins gesteigert und die Mieter haben, teils aus Unkenntnis der bestehenden Vorschriften, teils in der Sorge, bei der jetzigen Wohnungsnot eine neue Wohnung nicht zu finden, die Steigerung angenommen. Da die Erhöhung der Mietpreise zum großen Teil nicht durch Mehrausgaben des Vermieters für die Mietwohnung begründet ist, sondern nur die Rentabilität des Miethauses steigern sollte, so sollen nach einer amtlichen Mitteilung der „Karlsruh. Ztg.“ durch eine demnächst ergehende Verordnung des Reichsministeriums die Mieter über die vom Reich erlassenen Anordnungen hinaus in stärkerem Umfange gegen eine Ausbeutung ihrer derzeitigen Mietrolle durch die Vermieter geschützt werden. Es sollen nicht nur alle künftigen Mietsteigerungen der behördlichen Genehmigung unterliegen, sondern die Behörden sollen auch berechtigt sein, die früher vereinbarten Mietpreise auf Anrufen auf eine angemessene Höhe herabzusetzen.

Reinbräudenperre. In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, daß die Kommandantur in Ludwigshafen die Genehmigung erteilt habe, daß Kinder unter 12 Jahren die Rheinbrücke ohne Paß passieren dürfen. Infolge dieses Gerüchtes wurde heute Nachmittag der diesseitige Brückenkopf von hunderten von Erwachsenen und Kindern belagert. Wie uns von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, entspricht das Gerücht, das mit der Hilfeleistung unserer Feuerwehren bei dem Großfeuer am Sonntag Abend in Verbindung gebracht wurde, nicht den Tatsachen. Die Brücke bleibt nach wie vor nur für diejenigen passierbar, welche sich im Besitz eines Ausweises befinden.

Kommunales.

Mannheim, 26. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung einstimmig alle Vorlagen. Der wichtigste Punkt betraf die Erteilung von 20 Bewilligungen für die Eisenbahnbaugesellschaft. Außerdem ist die gemeinsame Baugesellschaft für das Eisenbahnprojekt in Schwetzingen. Die getroffenen Vereinbarungen sind für unsere Gemeinde sehr günstig.

Wiesbaden, 25. Mai. Der Bürgerausschuß beschloß ein Kapital von 500000 Mark aufzunehmen zur Verteilung der Uebertragungsgeldscheine für die Deckung von 4 Doppelwohnhäusern und einem einzelnen Wohnhaus durch die gemeinnützige Tiefbau-Gesellschaft.

Weinheim, 25. Mai. Seitens der hiesigen Bürgermeisterei war an den Kreisrat ein Antrag gestellt worden, daß die Kleinbahnen künftig durch den Kreisverband verwaltet werden. Dieser Antrag ist bis nach den Neuwahlen zurückgestellt worden. Den Anregungen der nächsten Bergstraße hinsichtlich der angeführten Verkehrsverbesserungen ist seitens des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Kucher ein wohlwollendes Interesse entgegengebracht worden, so daß ein gemeinschaftliches Unternehmen von den Kreisen und den beteiligten Bergstraßen-Gemeinden für eine elektrische Straßenbahn Weinheim-Sulzbach-Hemsbach-Bandelsbach-Heppenheim-Bensheim-Auerbach-Springenberg in absehbarer Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat.

Heidelberg, 26. Mai. Die Reichsteiligkeit des Stadttheaters hat einen Ueberblick von 200000 Mark erbracht, der teilweise der Stadt, teilweise dem Unternehmer und den Mitgliedern zuteil.

Aus dem Lande.

Von der Bergstraße, 26. Mai. So sehr man anfangs Mai trockenem Wetter herbeisehnte, was damals sehr von Nutzen war, so sehr wünscht man jetzt Regen zum Weiterreichen der künftigen Feldfrüchte. Dieß ist eingetreten. Was letzteres angeht, so sind die anfänglichen Befürchtungen wahr geworden: die Frühdürrn haben durch Frost getötet, was bei den Hirsen, Weizen, Frühweizen besonders schädlich war. Zweifeln, Äpfel, Spätkornen können uns noch etwas erschüttern. Billigstet bereitet sich auch ein guter Weizenrost vor. Die Weizen stehen gut und dürren demnächst ins Weizen kommen. Dazu wäre wieder trockenem, längeres Wetter nützlich; deshalb erweist man sich vor der Regenbilde einen ergeblichen Regen, der auch die große Futtermittel bannt würde.

„Ja, aber, hier ist nichts zum Kochen“, sagte der Pfarrer, „mein Schwein ist wirklich gestohlen worden.“

„Ja, ja, dabei müßt ihr bleiben“, erwiderte der Küster; es klingt ganz so, als ob es die Wahrheit wäre.“

(Aus der Sammlung von Volke und Witz und Witz und Witz entnommen und ins Deutsche übertragen.)

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(Schlußheft des Mannheimer Teils.) Mit einem Brahm, Mendelssohn und Schubert gewidmeten Konzert eröffnete unser Mannheimer Trio der Herren Rehberg, Virsligt und C. Müller am 17. Dezember v. J. seine diesjährige Winterstätigkeit. Mit einem durch die Namen Anton Dvorak, W. Rehberg und Mendelssohn charakterisierten Abend beschloß es dieselbe am gestrigen Abend. Anton Dvoraks Dumky-Trio Op. 90 ist trotz seiner Entstehung in Amerika, wo Dvorak drei Jahre (1892 bis 1895) die Stelle eines Direktors des Nationalkonservatoriums bekleidete, ein rein slowakisches Werk. Von einer Beeinflussung durch Regnermann, welche die in dieser Periode entstandenen Werke kennzeichnen, vermerkt man in diesem Trio nichts. Der Name „Dumky“ bezieht sich übrigens, wie Herr Direktor Rehberg einleitend bemerkte, jenseitig zur Böhme (einem in wesentlichen mit unserer Wodoline identischen, in Kleinasien beliebten Volksinstrument) gesungenen slowakischen Melodien, deren Phyllogramm aus dem reichen und unermittelten Stimmungswelt zu erkennen ist. Dieser stereotype Wechsel wie die uralten Sagen wirken auf die Dauer monoton (weshalb wohl unsere Künstler aus richtigem Empfinden das Dvoraktrio in letzter Stunde an den Anfang gestellt hatten). Dies machte sich auch gestern bemerkbar, so charakteristisch, stimmungserschöpfend und sein thymastisch das Trio, das natürlich mit der strengen Kammermusikform nichts zu tun hat, auch geboten wurde. Zwar dominierte auch gestern das Klavier verschiedenemal mehr, als es das Schwere übernahm zuließ. Aber im übrigen war Herr Direktor Rehberg ein sehr feinsinniger und gewandter Führer am Instrument, voll Geist und Temperament, und die Herren Virsligt und Müller spielten ihren Part äußerst schön und sehr musikalisch. Als Hauptstück für Mannheim boten die Herren Rehberg und Virsligt Johann eine 1883 komponierte Sonate für Klavier und Violine Op. 10 von Felix Mendelssohn, ein hochachtbares Jugendwerk von klarem Aufbau, wenn auch manchmal etwas frei in der Form und sich im ganzen mehr dem brillanten Stil nähernd. Als einen besonderen Vorzug der Sonate, die in den Endteilen ihre größten musikalischen Werte aufzuweisen hat, schätze ich ihre schöne melodische Linienführung. Der Komponist vermittelte mit Herrn

Rehberg spielte seine Schöpfung in trefflicher Weise. Herr Virsligt spielte seine Aufgabe brillant und Herr Virsligt entfaltete seiner wertvollen Geige schöne, warmempfundene Töne. Die Hörer zeigten Freude an der Neuheit und selerien neben den Interpreten auch den Komponisten. Das C-moll-Trio Op. 66 von Beethoven — Louis Spohr zugeeignet — welches das vierte Konzert beschloß, entstand 1845 während Mendelssohns Frankfurter Aufenthalt und gehört trotz der Feinheit seiner technischen Durcharbeit zu seinen schwächeren Kammermusikwerken. Man vermißt in den zwei ersten Sätzen den rechten Gedankenschwung und die Originalität, dazu verfallt das Es-dur-Kontrabasso esprebello allwissig in den Ton sentimentaler Weichheit. Erst das e-moll-Scherzo findet uns Mendelssohns schöpferische Eigenheit. Es ist ein frisch erkundenes, eigenartig bahnbrechendes und auch thematisch ganz feinkonstruiertes Stück. Auch das Finale, welches nur vorübergehend in orchesterlichem Bony die enggezogenen Kammermusiklinie durchdringt, zeigt viel Geist, Gehalt und funktionelles Geschick. Es erfuhr eine feindurchdachte Wiedergabe.

(Theaterkultur-Verband.) Am Mittwoch, den 4. Juni findet in der Harmonie der dritte Abend der dankbar begrüßten Goethe-Reihe statt, ein Konzert mit dem Programm: Goethe in der Musik. Zum Vortrag kommen wieder in Verbindung der Zeitgenossen — auch des engeren Goethekreises Fremdbestrebte — fernere in klassischer und neuer Goethe-Gesänge. In die Wiedergabe treten sich zwei im Konzertsaal besonders geschätzte Kräfte des Nationaltheaters, E. Friede Müller und Kammeränger Joachim Promer. Am Flügel begleitet Paul Schmitz. Karten im Mannheimer Musikhaus.

(Institut für höheres Klavier- und Seminar, Instrumental- und Gesangslehre in Mannheim, M. 4. 1.) In dem am Mittwoch, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Vortragssaal der Musik, M. 4. 1. stattfindenden I. Jugend-Abend (Else Bollmer — W. E. Schilf — Hans Kuhn — Friedrich Höfel) werden zum Vortrag gelangen: Mozart, Sonate in As-dur, Schumann, Träumerei, Vogel als Propheet, Chopin, Etude in f-moll und Berceuse in D-dur; Schubert, Sonate in f-moll; Mendelssohn, Rondo Carriacolo; Grieg, Sonate für Violine und Klavier, sowie Lieder von Schubert und Schumann.

(Vortrag Dr. Stahl in der Sternwarte.) Am Freitag, 30. Mai, abends 7 1/2 Uhr, wird Herr Dr. Ernst Leopold Stahl für die Mitglieder der Sternwarte einen Vortrag halten über das Thema „Von irdischer Lichtung“. Der in Mannheim wohlberühmte Rehberg hat mit dem gleichen Vortrag vor einiger Zeit in Frankfurt großen Beifall gefunden.

Frankenthal, 26. Mai. Der umfangreiche hier in der Stadt jetzt verhandelte Haufe von Preisverleihern und Preisbekämpfern hat sich beschlossene Sache gemacht, was wieder ein — bezeichnend — mal sich mit dem intrinsischen Wertverhältnis befaßt — der Dolmetscher Hof. Schenk und dessen Gehilfen und Dienstverwandten, der Weinhandlungsbefugter und Weinhandler Ludwig Friedrich von Hestheim und der Weinhandlungsbefugter Josef Simon von Bad Dürkheim zu verantworten heiligt. Die Regierung der Weinreise durch den Rhein, die Zurückhaltung des Weines zur Erzielung übermäßiger Gewinne und Forderung beim Schmelzverfahren des Weines für Wein als Gegenstand des täglichen Bedarfs, die unter Veräußerung der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Weinbauern, einen übermäßigen Gewinn enthalten, lag den Angehörigen gemeinsam zur Last. So hatten die Oberleute Schenk gemeinschaftlich mit Friedrich im Juli und August 1918 25 Fuder (1000 Liter) Wein mit einem übermäßigen Nutzen von 8818 M., am 2. Februar 1917 etwa 40 Fuder Wein mit einem übermäßigen Nutzen von 3797 M., am 20. Dezember 1916 50 Fuder Wein mit einem übermäßigen Nutzen von 21042 M., im Juli und August 1917: 120 Fuder Wein mit einem übermäßigen Nutzen von 60945 M. verkauft. Die Oberleute Schenk haben am 2. April 1917 17 Fuder Wein mit einem Nutzen von 2205 M. und 2280 M. das Fuder verkauft und zu 3900 M. das Fuder weiter verkauft und im April und Mai 1917 19 Fuder Wein zu verkaufen, den sie zu 1900 M. das Fuder erworben hatten, zu 4000 M. und dann um 4500 M. das Fuder zum Kauf angeboten. Friedrich hat weiter am 1. Januar 1916 bei 15 Fudern Wein einen übermäßigen Gewinn von 7800 M. und am 16. Mai 1917 bei 70 Fudern Wein einen solchen von 35000 M. erzielt. Bei Simon wurde eine übermäßige Preisforderung bezüglich einer Menge von 15 Fudern Wein angenommen. Simon Friedrich als Preisbekämpfer war das Stützglied der einseitigen und nur die Einseitigkeit der übermäßigen Gewinne und von noch anderen Weinen, auf welche sich die krassesten Dandlungen bezogen, bestritten. Während der Staatsanwalt entsprechende Behauptungen der Angeklagten und Einsprüche der Uebernehmer im. Kontrakt, kam das Gericht unter Annahme, daß zwar ebenfalls die Handlungen, wie sie den Angeklagten zur Last gesetzt waren, schädlich seien, aber dieselben in einem aufschubbaren Zeitraum behandelt hätten, zur Restitutions.

Konzertmeister Virsligt seine Schöpfung in trefflicher Weise. Herr Rehberg spielte seine Aufgabe brillant und Herr Virsligt entfaltete seiner wertvollen Geige schöne, warmempfundene Töne. Die Hörer zeigten Freude an der Neuheit und selerien neben den Interpreten auch den Komponisten. Das C-moll-Trio Op. 66 von Beethoven — Louis Spohr zugeeignet — welches das vierte Konzert beschloß, entstand 1845 während Mendelssohns Frankfurter Aufenthalt und gehört trotz der Feinheit seiner technischen Durcharbeit zu seinen schwächeren Kammermusikwerken. Man vermißt in den zwei ersten Sätzen den rechten Gedankenschwung und die Originalität, dazu verfallt das Es-dur-Kontrabasso esprebello allwissig in den Ton sentimentaler Weichheit. Erst das e-moll-Scherzo findet uns Mendelssohns schöpferische Eigenheit. Es ist ein frisch erkundenes, eigenartig bahnbrechendes und auch thematisch ganz feinkonstruiertes Stück. Auch das Finale, welches nur vorübergehend in orchesterlichem Bony die enggezogenen Kammermusiklinie durchdringt, zeigt viel Geist, Gehalt und funktionelles Geschick. Es erfuhr eine feindurchdachte Wiedergabe.

